Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 84 (1990)

Heft: 1

Artikel: NW-Gespräch mit Hansjörg Braunschweig : Zwischenbilanz zum 60. Geburtstag

Autor: Braunschweig, Hansjörg / Spieler, Willy

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-143514

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

stalt annahm. Die Erinnerung an Jesus ist Erinnerung an eine Praxis der Befreiung, die den Entrechteten, den Unterdrückten und an den Rand Gedrängten, zu denen auch die Frauen gehörten, ihre Menschenwürde zurückgab; sie ist Erinnerung an eine Nachfolgegemeinschaft von Gleichgestellten, an das Projekt einer anderen, nicht von der Herrschaft und Unterordnung geprägten Lebensweise – auch zwischen Männern und Frauen. Sie ist damit eine «gefährliche» Erinnerung, die nicht von der Gegenwart dispensiert, sondern diese in Frage stellt; eine Erinnerung sozusagen mit Zukunftsgehalt, denn die Vision eines anderen Lebens, in Würde, Unabhängigkeit und Selbstbestimmung aller Menschen, auch der Frauen, die am Anfang unserer christlichen Tradition steht, ist bis heute nicht wirklich eingelöst.

Der Tat der namenlosen, prophetischen Frauen und all der anderen Frauen unserer christlichen Tradition gedenken, meint für mich deshalb nicht Verklärung der Vergangenheit, sondern heisst: unsere eigene Radikalität an den gescheiterten, aber noch immer gültigen Träumen unserer biblischen Schwestern schärfen, nicht länger warten, dass uns die Freiheit geschenkt wird, sondern sie uns nehmen und sie heute leben. Denn: «Nicht um die Konservierung der Vergangenheit, sondern um die Einlösung der vergangenen Hoffnung ist es zu tun» (Horkheimer/Adorno).

(Predigt in der Wasserkirche Zürich am 22. Juni 1989)

NW-Gespräch mit Hansjörg Braunschweig

Zwischenbilanz zum 60. Geburtstag

Kapitalismus als Kindheitserlebnis

NW: *Hansjörg Braunschweig, Dein 60. Geburtstag am 8. Januar 1990 ist ein willkommener Anlass, um mit Dir eine Zwischenbilanz Deiner Tätigkeit als Politiker und religiöser Sozialist zu ziehen. Doch zuerst eine biographische Frage: Wie bist Du überhaupt Sozialist und Pazifist geworden?*

Hansjörg Braunschweig: Ich habe mir das schon oft überlegt. Heute bin ich ziemlich sicher, dass meine politische Grundüberzeugung auf ein *Kindheitserlebnis* zurückgeht: auf den Konkurs des Geschäfts meiner Eltern im Jahr 1935, also inmitten der damaligen Krisenzeit. Dieser Konkurs bedeutete gleichzeitig das Auseinanderbrechen meiner Familie. Alles wurde anders. Ich lebte nun mit meinem Bruder, mit meiner Mutter und anstelle des Vaters mit dem Grossvater mütterlicherseits zusammen. Waren wir zuvor noch Geschäftsleute mit Familienstolz gewesen, so waren wir nach diesem Konkurs und nach der Scheidung ziemlich arm geworden. Unsere Vier-Zimmer-Wohnung kostete hundert Franken im Monat. Der Hauseigentümer kam jedoch einer Bitte meines Grossvaters entgegen und setzte die Miete auf Fr. 87.50 herab. Diese Umstände haben mich sehr stark geprägt.

Ein Plakattext der SP Basel-Stadt 1941 ist mir bis heute geblieben: «Arbeit und Brot – Basel bleibt rot». Sozialist war ich damals sicher noch nicht. Ich komme ja mütterlicherseits aus einer bürgerlichen,

sehr protestantischen Familie. Aber ich hatte etwas gelernt: Kapitalismus wurde für mich gleichbedeutend mit *Kampf aller gegen alle*. Ein Geschäft muss möglichst billig einkaufen, möglichst teuer verkaufen und möglichst niedrige Löhne bezahlen, ist also gegen die Produzenten, die Konsumenten und die eigenen Angestellten gerichtet. Als ich mir um die Zeit meiner Konfirmation Gedanken machte über das gerechte Zusammenleben, da ging es mir bereits um eine Wirtschaftsform, in der nicht alle gegen alle arbeiten müssten. Damals dachte man an eine Vergesellschaftung im Sinne von Verstaatlichung. Genossenschaftlichen Ideen bin ich bis heute treu geblieben.

Die zweite Quelle meiner politischen Grundüberzeugung war die Mitarbeit in der protestantischen *Blaukreuzjugend* in Basel. Sie stand zumindest indirekt unter dem Einfluss von *Leonhard Ragaz*. Diesen Namen kannte ich schon von meinem Grossvater her und erfuhr ihn konkreter von meinen Freunden aus der Familie Mattmüller. In unserer Kirchgemeinde wirkte damals Samuel Dieterle, einer der bekanntesten antimilitaristischen Pfarrer in der Schweiz. Er war in meiner Familie hochangesehen und brachte uns das Denken von Leonhard Ragaz und *Karl Barth* näher. Ragaz' und Trautvetters Widerstand gegen die Verdunkelungsübungen gehört zu meinen Kindheitserinnerungen, ebenso gehören dazu die Tischgespräche über die ersten Berichte von Judenverfolgungen in Berlin.

Der Weg zum Pazifismus

***NW:** Lässt sich damit auch die Frage beantworten, warum Du Pazifist geworden bist?*

Hansjörg Braunschweig: Da kommt natürlich noch das Erlebnis des *Zweiten Weltkrieges* hinzu. Wenige Male waren wir im Keller wegen Fliegeralarm, wir haben den Feuerschein über der Grenze gesehen und von den ersten russischen Zwangsarbeitern im Badischen oder im Elsass gehört und gelesen. Ich erinnere mich sehr genau an den 1. September 1939, obwohl ich damals erst neun Jahre alt war. Ich erinnere mich an die Bomben auf Abessinien, aber auch an den Spanischen Bürgerkrieg. Mein Grossvater zeigte mir die Camions, die nach Spanien fuhren. Es waren Camions von Fritz Wartenweiler, Regina Kägi-Fuchsmann, Rodolfo Olgiati, Ralph und Idy Hegnauer, Karl Ketterer und anderen Freunden und Freundinnen, mit denen ich später zusammengearbeitet habe.

Ich erinnere mich auch an eine wichtige Diskussion mit Karl Barth in unserer Blaukreuz-Jugendgruppe. Barth vertrat den Standpunkt, wir müssten ja sagen zur militärischen Landesverteidigung. Ich stand damals auf seiner Seite. Unter dem Eindruck des Zweiten Weltkrieges war ich noch nicht Pazifist. Das wurde ich erst nach 1945. Ich hatte damals die erste Begegnung mit einem Militärverweigerer, einem heute noch bekannten Musiker. Meine Entscheidung fiel, als es um die erste Flugzeugbeschaffung nach dem Zweiten Weltkrieg ging. In unserer Jugendgruppe wurde eifrig darüber diskutiert. Ich habe mir gesagt, jetzt gebe es nur noch ein konsequentes *Nein zu dieser Armee*. Den Schritt zum Militärverweigerer habe ich allerdings in Rücksicht auf meine Familie nicht getan. Diesen Mut oder diesen Glauben hatte ich damals nicht. Später, Ende der 50er und Anfang der 60er Jahre, war ich schon zu sehr in der «Schweizerischen Bewegung gegen die atomare Aufrüstung» engagiert, als dass ich die ganze Organisation durch meine individuelle Militärverweigerung hätte politisch belasten wollen. Die Mitarbeit in dieser Bewegung war auch eine Gewissensfrage.

Sozialismus nicht am Ende, sondern am Anfang

***NW:** Im Maiheft 1979 der «Neuen Wege» hast Du einen wichtigen Aufsatz geschrieben. Er trägt den Titel «Ein schweizerischer Weg zum demokratischen Sozialismus?» Darin nennst Du als Kriterien des demokratischen Sozialismus die Demokratie nicht nur im Staat, sondern «in allen Bereichen», ferner die Gerechtigkeit, absolut vorrangig den «Notbedarf* aller *Menschen», und drittens die Mitmenschlichkeit, die vor allem Nationalismus und Gewalt, einschliesslich der Gewalt im Sozialismus, überwindet. Das war vor zehn Jahren. Was ist von diesen Massstäben geblieben?*

Hansjörg Braunschweig: Die Grundsätze von damals würde ich auch heute noch in dieser Weise beschreiben:

Die *Demokratisierung* in allen gesellschaftlichen Bereichen ist für mich ein zentrales Anliegen geblieben. Dazu gehören auch die Beziehungen zwischen Mann und Frau, Eltern und Kindern, die Beziehungen in jeder Gemeinschaft überhaupt, auch in unseren Friedensorganisationen, religiös-sozialen Vereinigungen und politischen Parteien. Jeder und jede sollen hier ernst genommen werden. Die Forderung nach Demokratie gilt am allermeisten für die Wirtschaft. Es macht mir zu schaffen, dass Gewerkschaften und SP, aber auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer selber sich so wenig mit der Mitbestimmung in der Wirtschaft befassen. Wie anders sollte das grosse Problem eines undifferenzierten und unkontrollierten Wirtschaftswachstums gelöst werden als durch demokratische Entscheidungsprozesse in der Wirtschaft selbst? Das müsste auch für die ehemals kommunistisch regierten Staaten gelten, die nun alles auf die Karte des Wirtschaftswachstums zu setzen scheinen.

Der «Notbedarf aller Menschen» betrifft heute in unserem Land auch die Neue Armut, ist also noch gravierender geworden, als ich es damals für möglich gehalten habe. Auch die Asylfrage ist in diesen zehn Jahren noch drängender und konkreter geworden.

***NW:** Du dachtest unter dem Stichwort «Notbedarf» vor allem an die Verelendung in der Dritten Welt.*

Hansjörg Braunschweig: Wenn wir uns seit dem Zweiten Weltkrieg nicht so intensiv mit der *Dritten Welt* und der Armut dort beschäftigt hätten, wären wir wahrscheinlich noch weniger sensibilisiert gewesen für die Neue Armut bei uns. Dieser Gedanke ist mir immer wichtig gewesen in der Auseinandersetzung mit jenen, die uns vorwerfen, wir hätten immer nur Geld, Kraft und Zeit für die Menschen in der Dritten Welt und nicht auch für die Armen im eigenen Land. Diesen Vorwurf muss ich von meinen Mündeln immer wieder hören, und er trifft mich schmerzlich. Für mich ist es genau umgekehrt. Wenn wir uns heute für die Armen bei uns einsetzen, dann profitieren diese davon, dass wir zu einer Zeit der allgemeinen Hochkonjunktur geschult worden sind, Armutsfragen am Beispiel der Dritten Welt zu behandeln.

Die *Gewaltfrage* ist noch in gleicher Weise aktuell. Sie stellt sich natürlich nicht nur beim Militär, sondern auch bei der Polizei, insbesondere bei deren Einsätzen gegen Demonstranten oder Drogenabhängige. Sie stellt sich in der Erziehung, im Strafvollzug und überhaupt in unserer Gesetzgebung, die immer mit der Drohung der Gewaltanwendung verbunden ist. Ich habe die Hoffnung nicht aufgegeben, unser Zusammenleben lasse sich so gestalten, dass wir Gewalt sowenig wie möglich anwenden oder auch nur androhen müssen.

Nicht eingegangen bin ich damals auf die Bewahrung der *Schöpfung* beziehungsweise die Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Da hat mein Bewusstsein in den letzten Jahren glücklicherweise zugenommen.

***NW:** Damit verbindet sich die Frage, wo nun heute der Sozialismus steht. Ist er am Ende, wie ein rechtsbürgerlicher Triumphalismus meint, oder vielleicht erst am Anfang, an einem ganz neuen Anfang?*

Hansjörg Braunschweig: Für mich steht er am Anfang. Das gilt auch für die Oststaaten. Für mich hat Sozialismus immer geheissen, dass er durch Einsicht und Erziehung, durch Dialog und demokratische Auseinandersetzung wachsen soll, nicht aber durch fremde Mächte und durch Gewalt. Einen Sozialismus ohne Demokratie, der mit Zwang, Unfreiheit und noch viel schrecklicheren Dingen verbunden ist, habe ich immer für falsch gehalten. Wenn dieser Sozialismus am Ende ist, dann habe ich dagegen eigentlich nichts einzuwenden. Aber man müsste differenzieren: Es hat auch in den Oststaaten brauchbare sozialistische Lösungen gegeben, etwa im sozialen Bereich und in der Bildung. Es wäre nicht richtig, dies alles über Bord zu werfen.

Das überraschende Votum vom 26. November

***NW:** Wo stehen wir heute in der Friedensfrage? Am 26. November 1989 wollten 35,6 Prozent der Stimmenden und zwei Kantone die Schweizer Armee abschaffen. Welche Gedanken sind Dir durch den Kopf gegangen, als dieses Resultat feststand?*

Hansjörg Braunschweig: Ich war noch während der Abstimmungskampagne sehr pessimistisch gewesen und hatte mit einem Ergebnis unter zwanzig Prozent gerechnet. Von daher war ich vom Abstimmungsergebnis völlig überrascht und erfreut. Natürlich habe ich mir sogleich die Frage gestellt, wie es nun weitergehen soll. Denn die Initiative forderte in ihrem zweiten Teil ja noch die «umfassende Friedenspolitik». Es ist bis zum 26. November nur ausnahmsweise gelungen, diesen Begriff sozial, kulturell und politisch zu konkretisieren. Das war für mich ein Mangel und eine Enttäuschung.

NW: *In Manfred Züfles Romansatire «Der Scheinputsch» kommt ein sozialdemokratischer Friedenskämpfer und Nationalrat namens Georg vor, der unverkennbar Deine Züge trägt. Dieser Georg lehnt die Lancierung der Armeeabschaffungsinitiative ab, weil er ein Plebiszit für die Armee befürchtet. Züfle lotet tiefer und lässt Zeno, die Hauptfigur des Romans, sagen: «Der Georg hat in jahrelanger, hautnaher Erfahrung viel zu viel Respekt in sich hineingefressen vor der krebsartig wuchernden Mächtigkeit des militärischen Syndroms, als dass er nicht zuinnerst entsetzt wäre, in echter Panik,... wenn er plötzlich sieht, wie man hier frohgemut mit Ängsten umgeht.» Hast Du das auch so empfunden?*

Hansjörg Braunschweig: Ich würde es anders sehen. Allerdings habe ich den «Scheinputsch» noch nicht gelesen. Mir ging es in erster Linie darum, dass wir vor der Armeeabschaffung die *umfassende Friedenspolitik* konkretisieren sollten, um zur Armeeabschaffung eine Alternative anbieten zu können. Das war von mir aus gesehen ein Mangel der Initiative. Ich wurde in zahlreichen Diskussionen – 36 Veranstaltungen waren es im Jahr 1989! – mit dieser Frage nach der Alternative konfrontiert, konnte aber immer nur eine persönliche und nicht eine von der ganzen Friedensbewegung getragene Antwort geben. Weder einzelne Schritte noch Prioritäten waren vorhanden. Damit wurde die Volksinitiative sehr stark zu einer Glaubens- oder Erfahrungsfrage zwischen den Generationen. Diese Konkretisierung der «umfassenden Friedenspolitik» muss nachgeholt werden.

Kaum Hinweise für ein Umdenken bei der bürgerlichen Mehrheit

NW: *Es ist heute der 6. Dezember 1989. Du bist zur Zeit an der Wintersession des Nationalrates. Spürst Du so etwas wie einen heilsamen Schock, der vom 26. November ausgeht? Für Aussenstehende, die das Parlament nur aus den Medien kennen, ist auf der bürgerlichen Seite kaum ein Lernprozess feststellbar. Das EMD bleibt auf seine 34 neuen Kampfflugzeuge für drei Milliarden Franken fixiert. Und eben gestern hat die bürgerliche Mehrheit verbissen gegen die Rückweisung des Militärbugdets an den Bundesrat gekämpft. Da sieht vieles nach Durchhalteparolen aus, bis die Zeiten wieder «besser», und das heisst ja wohl: wieder bedrohlicher werden, als sie es heute dank dem Umbruch in den Staaten des Warschauerpaktes sind.*

Hansjörg Braunschweig: Leider muss ich dieses Urteil bestätigen. Ich habe mit etlichen Genossinnen und Genossen gesprochen. Sie haben alle die gleiche Auffassung, ganz besonders nach der *Annahme des Militärbudgets* durch die geschlossene bürgerliche Mehrheit, entgegen unserem Antrag auf Rückweisung. Da war nicht die geringste Bereitschaft vorhanden, einen Marschhalt oder eine Denkpause einzuschalten. Vielleicht gab es insofern einen Hoffnungsschimmer, als das Parlament letzte Woche wenigstens die Kredite für die Entwicklungszusammenarbeit nicht gekürzt hat, obwohl ein solcher Antrag von seiten des Bundesrates vertreten wurde. Ich selbst hatte letzte Woche einen ganz kleinen Erfolg, als mein Antrag auf Kürzung des Werbeetats für den Zivilschutz von 800 000 auf 400 000 Franken überraschend gutgeheissen wurde. Das gab es früher bei ähnlichen Vorstössen gegen solche Staatspropaganda nie. Ob das etwas zu tun hat mit dem 26. November, weiss ich nicht. Zweifel am Zivilschutz, zumindest in seiner heutigen Form, gibt es zur Zeit auch im Parlament.

Die Anschaffung der Flugzeuge wird die bürgerliche Mehrheit voraussichtlich ebenfalls beschliessen, wenn auch gegen eine grosse Opposition. Bei den *Militärausgaben* haben wir eine höhere Wachstumsrate als alle anderen Staaten der Welt. Der reale Zuwachs beträgt mehr als die drei Prozent,

die von den Nato-Staaten vereinbart, jedoch nie eingehalten wurden. In den USA schlägt das Pentagon längerfristig sogar eine Reduktion des Militärbudgets um 5 Prozent vor. Nur gerade bei unseren Ausgaben für die militärische Ausbildung ist eine Senkung von etwa 2,8 Prozent vorgesehen. Der Trend ist offenkundig: Man will mehr in High-Tech und weniger in die Menschen investieren.

Friedenspolitik in der Völkergemeinschaft

NW: *Welches sind oder sollten nun die nächsten friedenspolitischen Schritte auf unserer Seite sein? Du leidest ja gewiss nicht an «Themenarmut», wie ein Zürcher Wirtschaftsmagazin Dir im Gefolge «zunehmender Entspannung» vorwirft.*

Hansjörg Braunschweig: Vordringlich sollte sich die Schweiz zusammen mit den anderen neutralen Staaten am *KSZE-Prozess* in Wien beteiligen und bereit sein, aus diesen Abrüstungsverhandlungen auch Konsequenzen für unser Land zu ziehen. Allerdings sind wir nicht so beliebt, dass wir gleich von allen willkommen geheissen würden. Auf der andern Seite wollten bislang auch wir nicht an den Wiener Verhandlungen teilnehmen, was damit zusammenhängt, dass bei uns weitgehend das Eidgenössische Militärdepartement (EMD) für Abrüstungsfragen zuständig ist. Ich bin enttäuscht darüber, dass diese Problematik von der Friedensbewegung bis heute nicht aufgegriffen worden ist.

NW: *Es gibt ja nun einen Dienst für Friedensfragen als neue Abteilung im Eidgenössischen Departement für Auswärtige Angelegenheiten (EDA) und ab nächstem Jahr auch noch eine Abteilung für friedenspolitische Massnahmen im EMD.*

Hansjörg Braunschweig: Die Abteilung des EDA hat etwa drei oder vier Mitarbeiter, und diejenige des EMD bekommt deren 15. Wir hoffen natürlich, dass die beiden Abteilungen zusammenarbeiten, fragen uns aber, warum dieser gemeinsame Auftrag nicht von Anfang an koordiniert wurde. Der Schwerpunkt müsste ganz eindeutig beim EDA liegen, das für technische Fragen allenfalls Militärs beiziehen könnte. Doch diese Zweiteilung mit ihren absehbaren Doppelspurigkeiten ist schlecht, auch der Unternehmensberater Hayek hätte daran keine Freude. Aber offensichtlich versucht das EMD, die Friedenspolitik zu steuern, damit nichts gegen seine eigenen Interessen entschieden werden kann.

Ein zweites konkretes Anliegen betrifft den *kulturellen Bereich* der Friedensarbeit. Wir sehen zum Beispiel, dass der Aufbruch in der DDR auf kulturellem Gebiet angefangen hat: in Literatur, Theater, Film, Kabarett. Auch in der Tschechoslowakei haben Schriftsteller und andere Kulturschaffende eine entscheidende Rolle im gegenwärtigen Demokratisierungsprozess gespielt. Jeder Konflikt ist immer auch Teil eines kulturellen Prozesses. Heute haben viele Angst vor der Entwicklung im Nahen Osten, insbesondere unter dem Eindruck des arabischen Fundamentalismus – obwohl es Fundamentalismus in allen Teilen der Welt gibt, auch in der Schweiz. Um uns mit dieser Problematik auseinanderzusetzen, müssten wir sie in ihrer ganzen kulturellen Tiefe studieren. Es müssten viele von uns mit offenen Augen und Ohren in die arabischen Staaten reisen, um Erfahrungen zu sammeln und diese auch weiterzugeben. Es müssten vermehrt Anhänger des Islams zu uns kommen, um uns über ihre Kultur zu orientieren. Auf offizieller Ebene sollte dieser kulturelle Austausch ebenfalls stattfinden. Wir müssten in jedem arabischen Land und in jedem anderen Land einen *Kulturattaché* haben. Dafür könnten wir auf die Militärattachés so schnell wie möglich verzichten. Die Kulturattachés hätten aber nicht die traditionelle Aufgabe, kulturelle Propaganda für die Schweiz zu machen, sondern sie müssten einen Beitrag zur Konfliktlösung leisten. Das gilt auch für die Oststaaten. Es wäre dringend, dass wir einen Kulturattaché nach Rumänien oder Albanien entsenden würden, wo der Emanzipationsprozess unter der Decke sehr wahrscheinlich auch schon im Gange ist. Es wäre besonders nützlich, wenn schweizerische Kulturschaffende sich an dieser Aufgabe beteiligen würden. Ich hätte die grösste Freude, wenn Manfred Züfle sich für vier oder sechs Jahre verpflichten könnte, schweizerischer Kulturattaché in Tirana zu werden.

Friedenspolitik im eigenen Land

NW: Das wären friedenspolitische Schritte in unserer Aussenpolitik. Wie aber soll es mit der Friedenspolitik im eigenen Land weitergehen? Ich denke an die ungelöste Frage der Militärverweigerung, an eine Neuauflage des Rüstungsreferendums, an die Friedensforschung usw.

Hansjörg Braunschweig: Zuvor noch möchte ich die *Asylpolitik* und die *Drogenpolitik* erwähnen, denn für mich sind das auch Friedensfragen. Wenn wir die Probleme der Asylsuchenden und der Drogenabhängigen in unserem Land nicht lösen können, dann müssen wir aufhören, von Frieden zu sprechen.

Zum anderen: Ich frage mich, ob die *Abrüstungsfrage* nach der GSoA-Abstimmung nicht wichtiger ist als die Militärverweigererfrage. Diese betrifft 500 oder – wenn wir den «blauen Weg» hinzunehmen – 5000 Menschen. Die Abrüstungsfrage hingegen betrifft uns alle. Müssten wir jetzt nicht anstelle einer Lösung für eine Minderheit eine Lösung zugunsten aller suchen? Wäre nach der GSoA-Abstimmung die Einführung eines Zivildienstes nicht das Eingeständnis, dass wir die Armee nie abschaffen könnten und immer einen Zivildienst benötigen würden? Statt dessen sollten wir die Umwandlung der ganzen Armee in einen freiwilligen Zivildienst vorantreiben.

NW: Wäre denn die freie Wahl zwischen Militärdienst und Zivildienst nicht auch schon ein Beitrag zur Abrüstung?

Hansjörg Braunschweig: Schon. Aber dann konzentrieren wir wieder soviele Kräfte auf diese Frage. Für mich war es eine Enttäuschung, dass wir nach dem 26. November vorwiegend von der Militärverweigererfrage gesprochen haben statt von der Abrüstungsfrage.

NW: Weil mit der ungelösten Militärverweigererfrage natürlich auch ein Menschenrecht verletzt wird.

Hansjörg Braunschweig: Ich will ja auch die Lösung der Militärverweigererfrage, nur eben über den Weg der Abrüstung. Wenn die Armee ihren Stellenwert verliert, entspannt sich auch die Militärverweigererfrage. Werden die Bestände für die Armee reduziert, dann besteht auch die Möglichkeit, dass die Militärverweigerer nicht mehr aufgeboten werden.

NW: Was sagst Du zu einem neuen Rüstungsreferendum?

Hansjörg Braunschweig: Für ein Rüstungsreferendum würde ich mich bestimmt wieder einsetzen. Lieber wäre mir allerdings ein neuer Vorschlag. Ich denke vor allem an die *Empfehlung der UNO* an alle Staaten, dass sie ihre Militärausgaben jährlich um zehn Prozent kürzen sollten. Die Schweiz könnte sich zunächst einmal auf vier Jahre verpflichten, dieser UNO-Empfehlung Folge zu leisten. Das wäre immerhin eine Reduktion der Militärausgaben um etwas mehr als ein Drittel.

NW: Und was hältst Du von der öffentlichen Förderung der Friedensforschung?

Hansjörg Braunschweig: Was durch die öffentliche Hand, zum Beispiel an der ETH, unter dem neuen Namen «Friedensforschung» finanziert wird, ist nicht eben ermutigend. Da gebe ich den bescheidenen *privaten Initiativen* in Genf und in Basel oder auch der Schweizerischen Friedensstiftung den Vorzug. Aber natürlich sollten diese privaten Organisationen der Friedensforschung auch vom Bund unterstützt werden. Wir selbst müssten uns ebenfalls überlegen, was wir aus eigener Kraft vermehrt zu dieser Friedensforschung beitragen könnten.

Die Sinnfrage zu einem öffentlichen Thema machen

NW: Von Beruf bist Du Jurist und Amtsvormund in der Stadt Zürich. Wie verhalten sich Beruf und Politik in Deinem Leben? Ich habe den Eindruck, hier wie dort sei bei Dir ein und dieselbe Option am Werk: die Option für die Armen.

Hansjörg Braunschweig: Seit meiner 24jährigen Tätigkeit als Amtsvormund sind für mich Beruf und Politik die Kehrseiten derselben Medaille. Ich bin dankbar für diesen Beruf, der mir die Möglichkeit gibt, Menschen zu betreuen, die besondere Schwierigkeiten im Leben haben. Dahinter stehen für mich immer auch *gesellschaftliche Probleme*, für deren Lösung es die Politik braucht. Die Frage einer Resozialisierung richtet sich zuerst an die Gesellschaft und erst in zweiter Linie an die Ausgegrenzten.

NW: Wenn ich es richtig sehe, lernst Du auch von den Dir anvertrauten Menschen. Eigentlich gehst Du ähnlich vor wie ein Befreiungstheologe, der dem Schrei der Armen zu einer politischen Artikulation verhilft.

Hansjörg Braunschweig: Der Vergleich mit dem Befreiungstheologen ist etwas hoch gegriffen. Aber sicher versuche ich immer wieder im Parlament oder an öffentlichen Veranstaltungen, etwas von dem weiterzugeben, was ich bei den Leuten, die mir anvertraut sind, gespürt, gesehen oder gehört habe. In jüngster Zeit ist es die Frage der *Neuen Armut*, die mich umtreibt, zum Beispiel das schwere Problem der Langeweile, der Isolation, der Einsamkeit, die jene Leute befällt, die keine Arbeit haben. Es gibt Leute, die kommen am Freitag zu mir und sagen, dass sie während der ganzen Woche noch mit keinem Menschen gesprochen hätten. Soviel Einsamkeit gibt es in dieser Stadt Zürich.

Die Neue Armut ist vor allem deshalb so grausam, weil diesen Menschen der Sinn ihres Lebens geraubt wurde. Diese Frage stellt sich natürlich für viele andere Menschen auch, insbesondere im Zusammenhang mit den Suchtproblemen. Ich denke nicht nur an illegale Drogen, sondern zuerst an Alkohol und Medikamente. Letztlich geht es darum, dass das Leben für die Betroffenen keinen Sinn mehr hat, erst recht nicht das Leiden oder die Krankheit. Ich möchte die Sinnfrage für all diese Menschen zu einem öffentlichen Thema machen. Es handelt sich dabei nicht nur um eine materielle Frage, sondern auch um eine geistige Frage.

Menschen als Hoffnungszeichen

NW: Ich möchte wieder zurückkommen auf Deine Biographie. Worin liegt Deine Motivation oder auch Deine Hoffnung für die konsequente, im besten Sinne des Wortes radikale Politik, die gerade Du verfolgst?

Hansjörg Braunschweig: Was ich erfahren habe von der christlichen Botschaft, wie Ragaz sie deutet, von dieser Hoffnung auf das *Reich Gottes* und von der Liebe Gottes, die auch die Liebe zwischen den Menschen einschliesst, das ist letztlich schon der Quell meiner Arbeit. Hinzufügen möchte ich eine regelmässige Begegnung: Jeden Freitag kommt ein Mann zu mir auf Besuch, der während seines ganzen Lebens Alkoholprobleme hatte und heute abgebaut wirkt. Trotzdem ist er noch fähig zu Zuwendung und Mitmenschlichkeit. Er schenkt mir ein Pfund Brot, weil er meint, die beste Bäckerei in Zürich gefunden zu haben. Und weil er denkt, dass der Mensch vom Brot allein nicht leben kann, bringt er mir auch noch seine liebste Zeitung, den «Blick». Was dahinter steht, ist so echt und liebenswert, dass diese Begegnung für mich jede Woche zu einem Hoffnungszeichen wird. Ich erlebe viele derartige Hoffnungszeichen, die das, was ich unter Reich Gottes verstehe, konkret werden lassen.

NW: Du hast während sechs Jahren im ehemaligen Studierzimmer von Leonhard Ragaz an der Gartenhofstrasse in Zürich als Sekretär des Schweizer Zweiges des Internationalen Zivildienstes gearbeitet. Gab es da so etwas wie einen «genius loci», der Dich geprägt hat?

Hansjörg Braunschweig: Diese sechs Jahre waren für mich sehr wichtig. In diesem Haus wohnten noch die Tochter und der Sohn von Leonhard Ragaz, Christine Ragaz im zweiten Stock und Jakob Ragaz mit seiner Familie im dritten Stock. Mit Christine Ragaz hatte ich sehr angeregte Gespräche, nicht selten noch zu mitternächtlicher Stunde beim Aufräumen im Keller. Am Anfang lebte auch noch Clara Ragaz, die ich dort ebenfalls kennenlernen durfte. Hinzu kamen andere Freunde und Persönlichkeiten, die in diesem Haus verkehrten, wie Pfarrer Willi Kobe, Hansheiri Zürrer, Berthe Wicke und – etwas distanzierter – Pfarrer Paul Trautvetter. Die Umgebung bei meiner ersten beruflichen Tätigkeit hat mich sehr geprägt. Menschliche Kontakte und Friedensarbeit wurden dabei zu einer Einheit. In dieser Form habe ich das später nicht mehr erlebt.

NW: Seit der Jahresversammlung 1984 bist Du ein aktiver, umsichtiger und stets anregender Präsident der Vereinigung «Freunde der Neuen Wege». Für die Ermutigung, die von Dir ausgeht, möchte ich Dir im Namen aller, die der Sache der Neuen Wege verpflichtet sind, danken. Wir verbinden diesen Dank mit unseren herzlichen Glückwünschen zu Deinem 60. Geburtstag.

(Das Gespräch für die Neuen Wege besorgte Willy Spieler.)